

# Berliner Tageblatt

nr. 482

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## namentliche Abstimmung über die Amtsdauer Eberts.

**Die Vertagung**  
**14 gegen 76 Stimmen beschlossen.**

**Rechtspolitische Lage. — Die Forderungen der Sozialdemokratie. — Das Reichstagspräsidium bei Ebert.**

Reichstag hielt heute zwei Sitzungen ab. In der ersten verschiedene kleinere Anträge und Vorlagen erledigt. Dann eine kurze Vertagung von einer halben Stunde, weil die Tagesordnung rascher erledigt werden konnte, als man angenommen hatte, und die beiden Reichstagspräsidenten noch nicht zur Stelle waren. In der zweiten Sitzung wurde die Resolution zum Antrag angenommen, zum Ziel in namentlicher Abstimmung, angeordnet. Abhandlung wurde in die dritte Sitzung des Reichstages über die Vertagung der Reichspräsidentenwahl eingetragten. Das Haus ist überaus gut besucht. Die Reichspräsidentenwahl nach fast vollständiger Vertagung der Reichstagsarbeit. Der Reichspräsident Ebert hat den Reichstag zum ersten Male empfangen. Der Reichspräsident Ebert hat den Reichstag zum ersten Male empfangen. Der Reichspräsident Ebert hat den Reichstag zum ersten Male empfangen.

und für den Ausbau der Devisenverordnung enthalten. Unter anderem verlangen die Sozialdemokraten, daß die Reichsbank etwa 300 bis 350 Millionen Goldmark aus ihrem Goldschatz für die Stabilisierung des Mark zur Verfügung stellt. Wie wir hören, ist sowohl das Reichspräsidentenamt als auch das Reichspräsidentenamt für beide Parteien, während der Reichspräsidentenamt für die Sozialdemokraten, während der Reichspräsidentenamt für die Sozialdemokraten, während der Reichspräsidentenamt für die Sozialdemokraten.

**Die namentliche Abstimmung über den Antrag der Mittelpartei auf Vertagung der Wahl des Reichspräsidenten ergab bei Anwesenheit von 90 Mitgliedern des Hauses: 14 für die Vertagung der Wahl, 76 dagegen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist die Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden.**

Der deutsche nationale Antrag auf Vertagung der Vertagung des Reichstages wird mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. Präsident Ebert erklärt, daß das Präsidium des Reichstages heute sich nach dem Schluß der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben und ihn bitten, dem Ergebnis des Reichstages am Fortführung der Geschäfte nachzukommen.

## Ein Volksgericht?

Von  
**Dr. Ernst Feder.**

Das Urteil des Münchener Volksgerichts, das drei Journalisten wegen vollendeten und versuchten Landesverrats mit zusammen dreizehn Jahren Zuchthaus und dreißig Jahren Ehrverlust bestraft, ist rechtsträftig. Es ist so rechtskräftig, wie uneres Wissens ein Urteil in seinem anderen Urteillichen Sinn niemals werden kann. Es gibt keine Berufung, es gibt keine Revision. Aber auch die Wiederaufnahme des Verfahrens ist unzulässig. Der Verurteilte muß nachweisen, daß gegen ihn ein Meineid geleistet, eine gefälschte Urkunde vorgelegt ist, der wahre Täter nach sich weisen — das nützt dem Verurteilten gar nichts. Die Entscheidung bleibt unangreifbar. Daher der Name Volksgericht. Woher kommt die seltsame Institution? Der Ministerpräsident Kurt Eisner hat acht Tage nach der Revolution durch Verordnung zur schleunigen Aburteilung von Verurteilten, die bei der Verübung von Mord, Totschlag, Milderung und Einbruchdiebstahl auf frischer Tat betroffen werden, Volksgerichte eingesetzt. Nach der Wiederherstellung der Weimarer Republik hat ein Gesetz der sozialistischen Regierung Hoffmann am 12. Juli 1919 diese Volksgerichte für alle politischen Verbrechen der meisten schweren Verbrechen befristet, falls die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung derart gefährdet oder gefährdet sind, daß sie nur mit außerordentlichen Maßnahmen erhalten oder wiederhergestellt werden können. Fast dreißig Jahre sind seitdem verstrichen. Sicherheit, Ruhe und Ordnung sind auch in Bayern wiederhergestellt. Die Volksgerichte sind also in Bayern wiederhergestellt. Die Volksgerichte sind also in Bayern wiederhergestellt. Die Volksgerichte sind also in Bayern wiederhergestellt.

## Die Politik des Kabinetts Bonar Law.

**Mahnung Lord Derby an Frankreich.**  
**Seine Drohkulisse gegen Deutschland.**

Paris, 24. Oktober.

Lord Bonar Law, der jetzt gestern nun auch offiziell der Nachfolger Georges geworden ist, wird von der Pariser Presse umschrieben. Es ist aber dennoch zu erkennen, daß niemand eine Lockerung der englischen Außenpolitik von ihm erwartet. Die Artikel und Reden über den neuen Premierminister sind, muß zu der Überzeugung kommen, daß die Franzosen zwei Vorschläge gegenüber Lloyd George nachkommen: Er vertäufelt und fortsetzt sein als sein unruhiger Vorgänger. Das Kabinett Bonar Law dauert fort sein wird, wird man sicher seine Zurückhaltung vorwerfen und auch seine "sozialistische" Politik nicht. "Bonar Law" natürlich das Seine tun, um die Entente untereinander zu führen, aber man würde sich täuschen, wenn man in politischen Angelegenheiten eine feste Bindung an die Entente. Er wird stets die vermittelnde Stellung gefährlicher Initiative vorziehen. Die Aufeinandergehen muß sein, denn neuer Zeiter der englischen Politik eine ruhige und freundschaftliche Sprache zu betreiben, daß es nicht daran denkt, die Entente in Abenteuer hineinzuziehen. "Auf der Seite Freund der Franzosen im englischen Reich, das früher englische Vorkämpfer in Paris, Lord Derby, die französischen Politiker vor allen vornehmungen. Ich sieht Paris und die Pariser Weltlich. Er hat seine zwei Paris für die höchsten seines Lebens erklärt, und als er schafterpalais im Faubourg St. Honoré verließ, hat er eine Plakate in der Avenue Jena gemietet, um immer einen Platz zu haben, der ihm gehört. Er wird ungewissheit die Untertanen, zwischen dem englischen Kabinett und der Pariser Welt der effizienten Vermittler zu spielen. Es ist nicht unrichtig, daß er dem Sonderkorrespondent des in voller Aufmerksamkeit seine grundsätzliche Anschauung und gerade über das Verhältnis zu Deutschland mit besonderem Nachdruck gesprochen hat. Er hat gesagt, daß Frankreich seine Hoffnungen verziehen müsse. Er erkennt für den Aufbau der Welt in Gegenden gerichtet werden. Das Frankreich das Reich auf eine besondere Rücksicht hat. Die große Summen in der Hoffnung auf Deutschlands Zahlungen aufgenommen hat. Lord Derby ist jedoch der Meinung, die der Reparationsfrage müsse in einer Weise erfolgen, die England zu Dank verpflichtet. Deutschland müsse, das die Mächte ihm helfen wollen, eine Rolle zu vermeiden. Die moralische Verpflichtung, Reich dann gegen die Welt hätte, würde Volk und Nation dazu zwingen, ihre gegebenen Verpflichtungen zu halten. Er ist also in den Angelegenheiten der Welt die Beziehungen und der Beziehungen. Aber das Verhältnis England und Frankreich sagte er: "Beide Länder müßten erfahren versuchen und es fortan unterlassen, sich gegenseitig zu verletzen und anzufassen." Er selbst werde immer aufrechtig und Frankreichs bleiben, aber er sei auch englischer und niemand dürfe deshalb verlangen, daß er gegen seinen freien Landes sprechen und handeln. Die be gegnigen Bedingungen der Reparationsarbeiten wird von den beteiligten Verantwortlichen jede Ausgeglichen. Auch die Pariser Weltlich teilnahmen sich auf kurze die sehr vorsichtig gehalten sind und seine Schlußfolgerung Verlauf des Diskussions zulassen. Eine Ausnahme macht die "Gedankens", die ziemlich unwahrscheinliche Annahme macht. Der Inhalt soll gegen den Projekt Wortenseren Punkten beizutimmen. Der selbige und sogar der

amerikanische Delegierte billigten größtenteils das französische Projekt. Barthelemy habe zu Bonar Law gesagt: "Wir werden unsere Majorität haben." Diese Mitteilung klingt aber so merkwürdig, daß dem "Kabinetts" die volle Verantwortung für ihre einseitige Wirkung auf die Parte überlassen werden muß. Andere Informationen lassen einen ganz anderen Eindruck gewinnen, der dahin geht, daß die Regierung über den französischen Plan innerhalb der Reparationskommission nicht sehr groß ist. Am Freitag hofft man soweit zu sein, eine offizielle Sitzung abhalten zu können, dann wird sich die Entscheidung, ob der Plan Barthelemy tatsächlich "eine Majorität" hat.

## Annäherung zwischen Lloyd George und Balfour?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 24. Oktober.

Wie erwartet, ist Bonar Law gestern Führer der Unionisten geworden. Die meisten der zurückgetretenen unionistischen Minister haben dieser neuen Veranlassung der fortwährenden Parlamentarismus nicht beigewohnt. Sie war streng geheim. Es ist nur bekannt, daß Bonar Law gesagt hat, er werde alles möglich tun, um die Einheit der Partei wiederherzustellen. Auch über Lloyd George hat er sich wohlwollend ausgesprochen. Weiter steht von jetzt ab fest, daß die unionistische Partei eine sehr vorsichtige Politik führen wird.

Der englische Arbeiterführer Hodges hat am Sonnabend gesagt: "Die Koalition ist noch nicht vertrieben; nur ein Sieg der Arbeiter kann ihr ein Ende machen. Viele Konferenzen rufen bereits wieder: Es lebe die Koalition!" In der Tat hat sich die Lage seit der Veranlassung am Donnerstag im Carlton-Gebäude eingeklemmt geändert. Es steht danach aus, als ob "Daily Chronicle" recht hätte mit der Behauptung, daß viele Unionisten nur vor den Augenwägen eines zum Zurückgehen. Lord Derby, der längere Zeit als einer der besten Freunde Lloyd Georges galt, hat Sonnabend bei einer Versammlung der national-unionistischen Verein für Konkretheit in Manchester den Wunsch nach einer Art Entente mit den Liberalen, die Anhänger des zurückgetretenen Premierministers sind, ausgesprochen. Er wollte sogar diese Entente bereits vor den Augenwägen zustande bringen und hoffe, daß die beiden Parteien (Unionisten und National-Liberalen) keine Kandidaten in einzelnen Bezirken einander gegenüberstellen werden. Das wurde genau das sein, worüber Lloyd George und Chamberlain sich vor der Veranlassung der Unionisten schon geeinigt hatten. Auch "Daily Telegraph" tritt weiterhin für eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien ein, und das Blatt ist der Ansicht, daß die Rede, die Lloyd George am Sonnabend in Leeds gehalten hat, ein solches Zusammengehen sehr erleichtert. In der Tat hat Lloyd George sich dort in freundschaftlichem Ton über Bonar Law ausgesprochen. Im ganzen jedoch hat er mehr über das Vergangene als über die Zukunft geredet. Es sieht sehr danach aus, daß er seine Freiheit möglichst behalten will. Chamberlain dagegen hat sich bereits näher erklärt. In einem Brief an die Mitglieder von Dundee hat er gesagt, er wolle sich die Freiheit vorbehalten, nach den Umständen ein Bündnis mit den gemäßigten Unionisten abzuschließen. Weiter entwickelt der Brief noch eine Erklärung zugunsten des Freihandels. Sir Alfred Mond, der zurückgetretene Minister für das Sanitätswesen, betont in einem Brief gleichfalls die Bedeutung des Freihandels. Diese Erklärungen machen jedoch die Lage nicht viel klarer. Denn die Hauptforderungen der Unionisten.

(Siehe auch Seite 2.)

Das Urteil ist rechtskräftig, aber das Verfahren ist nicht abgeschlossen. Dazu ist das politische Interesse zu groß, das sich an den Sachverhalt knüpft, und das Interesse der Presse und der öffentlichen Meinung zu stark, das durch das Urteil des Volksgerichts verdrängt ist. Die sozialdemokratische Partei hat eine Appellation an den Reichstag angekündigt, und im Bayerischen Landesverband des Reichsverbandes der Deutschen in Presse ist der Antrag angenommen worden, daß das Thema mit all seinen Zusammenhängen in einer besonderen Veranlassung behandelt werden soll. Worin liegt das Interesse des Falles? Nicht in den Personen, mag sie für sozialistische, mag sie für konservativere Mächte der Welt sein, sondern in der Sache selbst. Sie sind uninteressant und unzulänglich. Wir lassen hier auch die Federbach zur Zeit gelegte Mitteilung der Denkfigur Ergeben und des Telegramms von Ritter, dem bayerischen Gesandten beim Vatikan, beiseite. Vor allgemeinem Interesse aber ist das, was das Gericht über die Weitergabe von Nachrichten an das Ausland und über den Begriff des Landesverrats zu sagen hat. Es ist selbstverständlich, daß jeder verantwortungsbewußte deutsche Journalist bei Veröffentlichungen, die für die ausländische Presse bestimmt sind, einen besonderen Laft und eine besondere Vorsicht anwenden wird. Wenn beispielsweise General Ludendorff in dem zur deutschfeindlichen Reichsliste-Presse gehörigen "Zentral-Victorial" unter schweren Äußerungen gegen die deutsche Demokratie, Revolution und Vertilgung ihre Äußerungen nennt, so wird jedermann, mag er sachlich zu diesem Urteil stehen, wie er will, darin unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine schwere Schädigung des Vaterlandes erblicken müssen, die übrigens heute nach dem Schlußgesetz als öffentliche Beschimpfung der Republik mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu fünf Millionen Mark bestraft wird.

Genau wird jeder ausländische Leser es für verwirrendlich erklären, daß Lembe und Federbach dem Dr. Gargas für das politische Informationsbureau in Rotterdam und die von diesem bediente Regierung Nachrichten geliefert haben, ohne sich nur im mindesten um die journalistische Bewertung ihres Materials zu kümmern. Die Nachrichten, die sie liefern, betreffen die bayerischen Monarchisten und Nationalsozialisten, die Organisation Central und andere Geheimbünde, ihre Pläne und ihre Maßnahmen, die Abwehrorganisationen der Sozialdemokratie, die Sammlung der bayerischen Großindustriellen, persönliche Mitteilungen über Verbrechen, Mord, Dr. Heim und Anders. Die Berichte Federbachs stellen nach der Befragung des als Sachverständigen vernommenen Dr. Thimme, dessen hervorragende Sachkunde der Gerichtshof anerkannt, ein ausgezeichnetes historisches Material dar. Verschiedene Berichte sind vielfach phantasiehaft aufgeputzt und nach dem Willen, die uns bekannt sind, zum Teil auch frei erfunden. Das Gericht hat die Frage offen ge-